

Staatw Waldverkauf Æ Beteiligung des Fachausschusses unerwünscht

Trotz massiver öffentlicher Proteste und noch offener Fragen zum Ausschreibungsverfahren (Abweichung zwischen Bieter und Käufer) hält die Landesregierung an dem Verkauf von rd. 2700 Hektar Staatw Wald in der Eifel fest. Zur Klärung sollte Umweltminister Eckhard Uhlenberg am 22. April 2009 dem Umweltausschuss des Landtages NRW in einer nicht öffentlichen Sitzung Fragen zum Kaufvertrag beantworten und die Entscheidungsgrundlagen erläutern. Doch mit Stimmenmehrheit ist dieses Thema kurzfristig von der Tagesordnung des Fachausschusses genommen worden. Begründung: Die Landesregierung habe den Landtag in dieser Sache hinlänglich informiert und der Vorgang sei im Rahmen der Beratungen des Nachtragshaushaltes 2009 am 01.04. im Plenum ausgiebig erörtert worden. Ein dazu von der Opposition gestellter Änderungsantrag sei mit Stimmenmehrheit des Landtags abgelehnt worden, so dass mit dem Beschluss zum Nachtragshaushalt die Entscheidung für den Verkauf gefallen und daher eine Beteiligung des fachlich zuständigen Umweltausschusses nicht mehr erforderlich sei.

Diese Vorgehensweise zeigt, dass die Landesregierung die sachliche Auseinandersetzung über den Staatw Waldverkauf scheut und stattdessen mit politischen Verfahrenstricks die Entscheidung mit aller Macht schnell durchdrücken will. Die große Mehrheit der Beteiligten und Zuhörer, die am 6. Februar an der Expertenanhörung im Landtag teilgenommen haben, stehen diesem Vorgehen mit großem Unverständnis gegenüber. Warum wurde überhaupt eine Expertenanhörung durchgeführt, wenn das Ergebnis nicht einmal im zuständigen Fachausschuss beraten werden darf? Zentrale Bestandteile einer fairen politischen Auseinandersetzung werden so missachtet.

Wie es nun weitergeht, ist noch offen. Der Landesregierung liegt eine kleine Anfrage der Opposition vor (Landtagsdrucksache 14-8962), in der sie u. a. nach möglichen Formfehlern bei der Submission, nach dem möglichen Verlust von Steuereinnahmen und letztlich nach dem Beziehungsgeflecht zwischen den Grundstückskäufern und Mitgliedern der Landesregierung gefragt wird. Ferner soll die Landesregierung Auskunft darüber geben, warum die gemeinnützige Victor F. Rolff-Stiftung nicht den Zuschlag für die Waldflächen erhalten, obwohl sie für Teilflächen ein höheres Gebot vorgelegt hat.

Die Landesregierung will, das ist unübersehbar, das Grundstücksgeschäft mit aller Macht durchziehen. Doch bis zum tatsächlichen Verkauf sollte weiterhin die Herstellung einer breiten öffentlichen Meinung gegen den Verkauf forciert werden. In dem Superwahljahr 2009 mit Europa-, Kommunal- und Bundestagswahlen fürchten gerade die in der Regierungsverantwortung stehenden Parteien nichts mehr, als gegen ihre Politik gerichteten Emotionen der Wählerinnen und Wähler. Der Wald ist immer noch des Deutschen und insbesondere vieler Bürger der Eifel liebstes Kind. Nutzen wir diesen emotionalen Vorteil, um die Landesregierung von ihrem Holzweg auf den Pfad der ökologischen und sozialen Vernunft zu bringen.

Ihr BDF-Landesvorstand NRW

Stephan Schütte, Norbert Böskén, Volker Steinhage, Gerhard Tenkhoff, Richard Nikodem, Ute Messerschmidt